

Interpellation SVP-Fraktion:**«Auswirkungen der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die EU-8-Staaten**

Das Bundesamt für Statistik rechnet in einer Studie bis ins Jahr 2035 mit einem zusätzlichen Bevölkerungswachstum bis zu 25 Prozent. Diese Prognose hat gravierende Konsequenzen auf Infrastrukturen, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung, Energieverbrauch, Schulen, Gesundheitswesen, Sozialwerke und andere Bereiche des öffentlichen Lebens. Ab dem kommenden 1. Mai 2011 entfällt die Kontingentierung für die EU-8-Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Ab dann können sich Personen dieser Länder mit einem Arbeitsvertrag oder als Selbständigerwerbende frei in der Schweiz niederlassen und arbeiten. Die Zuwanderung lässt sich damit noch weniger steuern als bisher.

Die Regierung wird gebeten, im Zusammenhang mit diesem Szenario die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist die Regierung ebenfalls der Meinung, dass der Druck auf die Löhne der Schweizer Erwerbstätigen dadurch weiter erhöht wird?
2. Wie beurteilt die Regierung die Auswirkungen generell auf den Arbeitsmarkt im Kanton St.Gallen?
3. Wie viele Arbeitsbewilligungen für Angehörige der EU-8-Staaten hat der Kanton St.Gallen im Rahmen der bisherigen Kontingente ausgestellt?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung, die Einreise von Drittstaatsangehörigen einzuschränken?
5. Sieht die Regierung Handlungsbedarf, mit Blick auf die starke Zuwanderung, die Ausländerpolitik des Bundes zu beeinflussen?»

27. April 2011

SVP-Fraktion